

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 9 86 846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12



## Inhalt

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB zum Erfordernis einer entwicklungspolitischen Wende: Mitschuldig am Elend im Süden und Osten.

Seite 1

Dr. Margrit Wetzel MdB zur Notwendigkeit politischer Konsequenzen aus den Tankerunglücken: Gefährdung der deutschen Küste analysieren.

Seite 4

Kurt Beck MdL zu einer zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Gesetzesänderung: Rheinland-Pfalz hilft beim Pflergerisiko.

Seite 5

Klaus Daubertshäuser MdB zur Notwendigkeit ökologischer Zielsetzungen: Wirtschafts- und Verkehrswachstum entkoppeln!

Seite 6

48. Jahrgang / 6

11. Januar 1993

### Mitschuldig am Elend im Süden und Osten Zum Erfordernis einer entwicklungspolitischen Wende

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB  
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung verharmlöst nach wie vor die internationale Verschuldungskrise. Sie verkennt, daß damit die Entwicklung für viele Länder des Ostens und des Südens blockiert wird. Sie ergreift keine ausreichenden Initiativen, um die internationale Zusammenarbeit auf solidere Füße zu stellen und sozial und ökologisch verträglichere Formen der Weltwirtschaft durchzusetzen. Die Bundesregierung sagt noch immer "Weiter so", wo doch in vielen Ländern des Südens nichts mehr geht. Sie sagt "Genauso" im Hinblick auf die Strukturanpassungs-Programme in den Ländern des Ostens. Auch dort wird aus der Verschuldungsfalle eine Entwicklungsfalle.

In ihrer Antwort auf die Große Anfrage der SPD zur internationalen Verschuldungskrise macht die Bundesregierung allerdings wenigstens kleine Eingeständnisse. Sie anerkennt - nach jahrelangen Vorhaltungen -, daß die Industrieländer für die Verschuldungskrise "mit verantwortlich" sind. Und sie gesteht zu - nach vielen Abwehrgedächten im Parlament -, daß man dieser Krise nicht durch immer neue Umschuldungen Herr werden kann, sondern daß es ohne eine Senkung des Schuldenstandes und des Schuldendienstes einfach nicht mehr geht. Aus vorsichtigen theoretischen Korrekturen werden aber keine Folgerungen für die politische Praxis gezogen.

Ich werde das in vier Punkten näher erläutern.

**Erstens.** Die Bundesregierung spielt die Verschuldungskrise und die dadurch verursachten wirtschaftlichen Belastungen, sozialen Härten und ökologischen Schäden nach wie vor herunter.

Sie gibt Entwarnung, weil sich das internationale Bankensystem durch massive Wertberichtigungen auf Kosten des Steuerzahlers und durch eine Rekordspanne aus Soll- und Habenzinsen zu Lasten der Bankkunden stabilisieren konnte. Sie gibt Entwarnung, weil sich einige makroökonomische Indikatoren im Durchschnitt verbessert haben.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemföher Umgang  
mit wertvoller Rohstoffe  
Recycling-Papier



Sieht man aber hinter den täuschenden Nebel statistischer Durchschnitte, wird deutlich, daß allein Asien eine positive ökonomische - wenngleich auch nicht human und ökologisch verträgliche - Entwicklung aufweist und dadurch eine sonst negative globale Entwicklung lediglich statistisch auffrisiert. Lateinamerika als Ganzes ist noch lange nicht auf einem positiven Pfad. Osteuropa und die GUS haben in wenigen Jahren riesige neue Schulden aufgebaut: in zwei Jahren 145 Milliarden DM! Gleichzeitig gibt es dort einen katastrophalen Einbruch der Produktion. Afrika ist gerade in den letzten Jahren dem wirtschaftlichen und sozialen Abgrund noch näher gerückt.

**Zweitens.** Die Industrieländer verschleiern, daß sie im globalen Krisenmanagement versagt haben. Der Schuldenstand ist der Leistungsfähigkeit der Schuldner nicht angepasst worden - mit verheerenden Folgen für die Menschen und für die Natur.

Die Bundesregierung führt die Öffentlichkeit seit Jahren hinters Licht, wenn sie sagt, sie habe durch bilaterale Schuldenerlasse einen wichtigen Beitrag zur internationalen Entschuldung geliefert. Sie muß jetzt eingestehen, daß diese Erlasse sage und schreibe nur 5% des gesamten Forderungsbestandes an diese Länder ausmachen. Die Bundesregierung erweckt immer noch falsche Hoffnungen auf ausreichende Erleichterungen bei den - teuren - privaten Bankkrediten. Tatsache ist: der Brady-Plan weist ab 1989 zwar in die richtige Richtung. Das Mix aus Zins-, Schulden- und Schuldendienstreduktion nutzt aber bisher nur ganz wenigen Ländern und überwiegend nur strukturell relativ wohlhabenden Schuldnern (wie Mexiko und Venezuela), Ländern im Vorhof der USA.

**Drittens.** Die Bundesregierung sozialisiert die Verluste und schont die Gewinne der privaten Banken.

Sie bewilligt auf Kosten des Steuerzahlers den Privatbanken hohe Abschreibungen und zahlt mehr und mehr, um Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank zu finanzieren, obwohl deren Erfolge höchst umstritten sind. Eine Anhörung der SPD zur Politik der Weltbank hat dies kürzlich erneut gezeigt. Bonn zahlt und läßt Washington die Politik machen. IWF und Weltbank müssen bei den Armen für fahrlässig vergebene private Kredite den Gerichtsvollzieher spielen.

**Viertens.** Die Bundesregierung leistet weltweit einer Strukturanpassungspolitik Vorschub, die ohne viel Rücksicht auf humane, soziale und ökologische Werte und mit höchst zweifelhaften wirtschaftlichen Ergebnissen in die Souveränität der Länder des Ostens und des Südens eingreift. Diese Politik zwingt zum Export statt zur Sicherung der eigenen Ernährung. Diese Politik will den Süden und Osten in die Weltwirtschaft integrieren, während der Norden protektioniert! Diese Politik erhöht die Preise für Überlebensmittel und senkt die Fähigkeit der Menschen, sich selbst zu helfen. Sie zwingt dazu, daß Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Umweltvorsorge auf Druck des IWF drastisch zusammengestrichen werden. Nicht zuletzt dadurch sanken die Investitionen, das Pro-Kopf-Einkommen und das sogenannte "Humankapital" drastisch - vor allem in Afrika und Osteuropa. Die vor uns stehende Krise der Weltkonjunktur ist eine deutliche Warnung, diese depressiv wirkenden IWF-Programme zu revidieren.

Niemand bestreitet, daß nach einer Zeit übertriebener Abschottung, staatlicher Überregulierung und oft skandalöser Selbstbedienung herrschender Eliten auch die Länder des Südens die Kräfte des Marktes stärker wecken, die Vorteile des Handelsaustausches nutzen und die Disziplin ihrer Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik erhöhen müssen. Diese Ziele dürfen und können aber nicht durch eine Politik der verbrannten oder verdorrten oder ausgelaugten Erde erreicht werden.

II.

Eine auf langfristige wirtschaftliche Gesundheit und Entwicklung gerichtete Strukturanpassungspolitik kann nur Erfolg haben, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden:

**Eerstens.** Strukturanpassung muß politisch durchsetzbar sein. Das setzt soziale Mindeststandards, Menschenrechte, Rechtssicherheit und eine funktionierende Verwaltung voraus. Es muß endlich Schluß sein mit Hungerrevolten, die durch den Druck vom IWF provoziert werden. Die jüngste Revolte in Venezuela im November 1992 zeigt jedoch, daß nach wie vor ein ökonomischer Crash-Kurs zur sozial bedingten Destabilisierung führt.

**Zweitens.** Strukturanpassung, die nicht vor allem auf breite gesellschaftliche Reformen als Bedingung auch wirtschaftlicher Entwicklung, sondern einseitig und kurzfristig auf makroökonomische Größen fixiert ist, wird höchstens zu einem Strohfeuer führen. Nicht zuletzt in Osteuropa stehen schwere gesellschaftliche Umbrüche und ein ökonomisches Desaster bevor, wenn die IWF-geführte Schocktherapie nicht bald korrigiert wird. Diese Politik der verbrannten Erde muß endlich aufhören.

**Drittens.** Strukturanpassung muß monetär solide flankiert werden. Das heißt: Das Finanzvolumen muß ausreichen, um Strukturreformen und ihre soziale Absicherung lange genug zu begleiten. Andernfalls sind sie verantwortungs- und wirkungslos.

Und: Maßnahmen, die keine kurzfristige Rendite bringen, aber langfristige Entwicklungserfolge versprechen, dürfen in Zukunft nicht länger durch Kredite finanziert werden. Aus Nothilfe für Sterbende und Notprogrammen gegen Waldvernichtung sollten - auch aus ökonomischer Rationalität - nicht länger Zinsen kassiert werden.

**Viertens.** Strukturanpassung muß je nach dem Entwicklungsstand eines Landes differenziert werden. Das braucht - das ist die historische und die aktuelle Erfahrung in den Industrieländern selbst - viel Zeit, viel mehr Zeit, als wir sie den Entwicklungsländern bisher geben.

Die Verschuldungskrise darf nicht weiter verharmlost werden. Wir müssen erkennen, daß die bisherigen Maßnahmen nicht ausgereicht haben, um vor allem in Lateinamerika, Afrika und Osteuropa eine Politik der ökologisch und sozial verträglichen Wirtschaftsentwicklung zu unterstützen. Wir sollten endlich Folgerungen daraus ziehen, daß die Industrieländer die Verschuldungskrise des Südens, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Welt und die Zerstörung der Weltressourcen nicht an zweiter, sondern an erster Stelle mitverantworten haben. Und: wir müssen endlich zu einer präventiven Finanz-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik in globaler Verantwortung übergehen. Nur so kann es gelingen, die neuen Sicherheitsrisiken dieser Welt, also Hunger und Umwelterstörung, Bevölkerungsexplosion und Flucht, einzudämmen.

Ein Testfall war der Haushalt 1993. Die von der Regierung vorgenommene Absenkung der öffentlichen Entwicklungshilfe von 0,40% auf 0,34% widerspricht diametral den Versprechungen des Bundeskanzlers in Rio, Deutschland werde Vorreiter spielen, wenn es darum gehe, globale Verantwortung zu übernehmen und seinen Anteil in Richtung auf 0,7% anzuheben.

Die Bundesregierung tat das Gegenteil. Sie macht sich mitschuldig, wenn in einer Welt, die technologisch, wirtschaftlich und ökologisch immer mehr zusammenwächst, im Süden und Osten dieser Erde Hungerkatastrophen und Umwelterstörung und Bevölkerungsexplosion weiter ihren Lauf nehmen.

(-/11. Januar 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Gefährdung der deutschen Küste analysieren**  
**Zur Notwendigkeit politischer Konsequenzen aus den Tankerunglücken**

Von Dr. Margrit Wetzel MdB

Der weltweite Unterbietungswettbewerb im Tankergeschäft führt dazu, daß Reeder, solange sie noch Kapitaldienst zu leisten haben, keine Erträge erwirtschaften können und deshalb an den Kosten für Besatzung, Wartung und Instandsetzung der Schiffe sparen. Gleichzeitig sinken die Raten durch ein Überangebot an technisch überalterter Billigtonnage, die weltweit anbietet und die Sicherheit auf See und an den Küsten erheblich gefährdet.

Eine zusätzliche Gefährdungserhöhung ergibt sich aus der deutlichen Zunahme schwerer Orkane in den letzten Jahren und der erheblichen Zunahme der Windgeschwindigkeiten infolge von Veränderungen der klimatischen Rahmenbedingungen in der Troposphäre.

**Wirtschaftlichkeitsanalyse aufstellen: Unqualifizierte Tonnage muß von den Meeren verschwinden!**

Unsichere Tanker unter unqualifiziertem Management und mit überforderten Besatzungen sollten europäische Häfen nicht mehr anlaufen dürfen. Eine Erhöhung der Sicherheitsstandards ist nicht nur hinsichtlich der katastrophalen und nicht zu verhindernden Umweltfolgeschäden der Tankerunglücke unerlässlich, sondern auch im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter technisch zuverlässiger Schiffstonnage sinnvoll.

Die Optimierung der Sicherheit, der Wirtschaftlichkeit und der Kontrollierbarkeit der Schiffe muß ein gemeinsames Anliegen von Wirtschaft und Politik sein. Je größer die Tankladung, desto mehr Öl kann im Schadensfall austreten: Das Minimum an wirtschaftlich zu betreibender Tankergröße muß ins Verhältnis zur Bewältigung der ökologischen Folgeschäden gesetzt werden.

Verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und Zuverlässigkeit hätten zugleich positive Folgewirkungen auf die Schiffs- und auf die Besatzungssicherheit.

**Gefährdungsanalyse Deutsche Küste erstellen**

Die Festlegung internationaler Schifffahrtsrouten für Schiffe mit erheblichem Gefährdungspotential ist ebenso wichtig wie die Ausdehnung der deutschen Hoheitsgewässer, damit Küstensperrzonen ausgewiesen werden können. Darüber hinaus fordere ich, das Forschungsvorhaben "Verkehrssicherheit deutsche Küste - 2000" thematisch zu ergänzen:

Schifffahrtsrouten und Küstensperrzonen greifen nicht mehr beim Einlaufen in die Bundeswasserstraßen und in die Küstenhäfen. Im übrigen werden Öl- und Chemikalienunfälle in unseren Randmeeren fast immer Auswirkungen auf die nordeuropäischen Küsten haben. Wir brauchen deshalb für die Nord- und Ostsee eine Gefährdungsanalyse, die zugleich die natürlichen Rahmenbedingungen für die Gefährdungsminderung aufzeigt.

**Keine Reduzierung der Lotsenannahmepflicht!**

Der kürzlich ergangene "Schlechtwettererlaß" mit der teilweisen Befreiung von der Lotsenannahmepflicht für Großcontainerschiffe muß im Zusammenhang mit den Unglücken sehr kritisch überprüft und gegebenenfalls zurückgezogen werden. Das Risiko unzureichender Revierkenntnis und/oder Unsicherheiten in der Schiffsführung bei schwerem Wetter ist in den engen, schwierigen Seelotsrevieren der Bundeswasserstraßen nicht zu verantworten. Im Falle einer Kollision reicht es aus, wenn eines der betroffenen Schiffe ein Tankschiff ist. Ein Tankerunglück, wie es vor der spanischen Küste oder jetzt vor den Shetland-Inseln geschehen ist, kann auch in der Deutschen Bucht, in der Weser

oder der Elbe nicht ausgeschlossen werden. Die Betriebswirtschaftlichkeit des Lotswesens steht in keinem Verhältnis zu den möglichen Folgeschäden eines derartigen Schiffsunglücks!

**Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit erforderlich!**

Es ist dringend geboten, mögliche Verbesserungen der europäischen Zusammenarbeit in Fragen der Schiffs- und Küstensicherheit in die Wege zu leiten. Seefahrende Praktiker betonen immer wieder, daß sie eine erhebliche Verschärfung der Hafenstaatkontrollen für erforderlich halten. Dies gilt vor allem für eine unverzüglichen Informationsübermittlung auf europäischer Ebene. Außerdem ist es unerlässlich, die Rolle und Wirksamkeit der Klassifikationsgesellschaften, die in heftigem Konkurrenzkampf untereinander stehen, neu zu überdenken.

Bei großen Schiffsunglücken wäre zudem zu prüfen, ob es der Beweissicherung und der schnellen Unfallursachenermittlung dienlich wäre, eine europäische Seeunfalluntersuchungskommission mit weitreichenden Kompetenzen einzurichten.

(-/11. Januar 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Rheinland-Pfalz hilft beim Pflegerisiko**  
**Zu einer zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Gesetzesänderung**

**Von Kurt Beck MdL**  
**Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz**

Mit dem von der SPD-Fraktion im Mainzer Landtag initiierten Gesetz zur Reform des Landespflegegeldes ist es gelungen, eine schmerzliche Lücke im Sozialnetz des Landes Rheinland-Pfalz zu schließen. Früher mußten Schwerbehinderte ein Jahr lang warten, bis sie eine finanzielle Unterstützung vom Land bekamen. Wir haben die von der CDU im Jahr 1982 eingeführte Wartefrist immer für unsozial und unmenschlich gehalten, weil der Eindruck nicht von der Hand zu weisen ist, daß gewollt oder ungewollt auf den Tod der Antragsteller spekuliert wurde.

Mit der Gesetzesänderung, die am 1. Januar 1993 in Kraft getreten ist, lösen wir ein im Wahlprogramm gegebenes Versprechen ein.

Es zeigt, daß auch in Zeiten knapper Kassen und eines strikt eingehaltenen Sparkurses Raum für notwendige Reformen ist. Wir in Rheinland-Pfalz handeln, um die immer bedrückender werdenden Folgen des Pflegerisikos wenigstens in unserem Land ein wenig zu mildern. Ich wünsche mir, daß das im neuen Landespflegegeldgesetz garantierte Pflegegeld einen Anreiz schafft, die Behinderten in ihrer häuslichen Umgebung zu pflegen und ihnen der Weg ins Heim erspart bleibt.

Wer bekommt Landespflegegeld? Anspruch haben alle Rheinland-Pfälzer, die durch Geburt oder Unfälle erheblich behindert sind. Zum Beispiel Personen mit Verlust mehrerer Gliedmaßen, Hirnbeschädigte, Personen mit schweren geistigen oder seelischen Behinderungen, die ständiger Aufsicht bedürfen, aber auch Blinde.

Das Pflegegeld stellt eine finanzielle Entlastung für Mehraufwendungen dar, die automatisch bei der nötigen Fürsorge für einen Schwerbehinderten anfallen. Der Zuschuß des Landes beträgt bei

Volljährigen 750 Mark, bei Minderjährigen 375 Mark monatlich. Der Betrag wird einkommensunabhängig gewährt.

Mit dem Landespflegegeld soll auch ein Zeichen gesetzt werden, daß das Land Rheinland-Pfalz bei dem immer bedrückender werdenden Pflegerisiko aus eigener Verantwortung heraus handelt. Dies gilt um so mehr als eine bundesgesetzliche Pflegeversicherung mehr und mehr aus dem Horizont realistischer politischer Erwartungen schwindet.

(-/11. Januar 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Wirtschafts- und Verkehrswachstum entkoppeln!**  
**Zur Notwendigkeit ökologischer Zielsetzungen**

**Von Klaus Daubertshäuser MdB**  
**Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die zunehmenden Umweltschäden zeigen: Ein weiteres ungebremses Anwachsen des Verkehrs ist nicht mehr hinnehmbar. Für die künftige Gestaltung des Verkehrssystems kommt es daher entscheidend darauf an, nach dem Beispiel der Energiepolitik Wirtschaftswachstum und Verkehrswachstum zu entkoppeln. Wesentliches Instrument dafür ist die Infrastrukturpolitik, die in Zukunft andere Prioritäten als in der Vergangenheit setzen muß.

Der Regierungsentwurf des Bundesverkehrswegeplans wird diesem Anspruch nicht gerecht. Er setzt die Politik der Anpassung des Infrastrukturangebotes an eine restriktionsfreie Entwicklung der Verkehrsnachfrage fort und läßt eine verstärkte Berücksichtigung ökologischer Ziele nicht erkennen.

Über die Abwägung von Umweltbeeinträchtigungen einzelner Maßnahmen hinaus formuliert die Bundesregierung keine quantitativen Zielvorstellungen für das gesamte Verkehrssystem. Der Status quo wird schlicht fortgeschrieben; mit katastrophalen Auswirkungen für unsere Umwelt.

So liegt zum Beispiel für den Bereich von Westdeutschland das Investitionsvolumen für Schienenprojekte nach wie vor um rund 30 Milliarden DM unter dem des Fernstraßenbereichs. Die behauptete Vorrangstellung für die Schiene entlarvt sich damit als Märchen!

Die erforderliche Umorientierung der Infrastrukturpolitik zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsträger muß flankiert werden durch preis- und ordnungspolitische Maßnahmen. Nötig ist eine sich in ihren Wirkungen gegenseitig ergänzende Strategie von Preis-, Ordnungs- und Investitionspolitik. Eine spürbare fahrleistungsbezogene Verteuerung des Straßenverkehrs kann den Auslastungsdruck im Straßennetz mindern und so Spielräume für eine Lenkung der Investitionen in die weniger umweltbelastenden Verkehrsarten schaffen. Durch ordnungspolitische Maßnahmen - zum Beispiel Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr in Ballungsgebieten - können solche Entwicklungen weiter gefördert werden.

Eine Umorientierung nach den genannten Kriterien ist dringend erforderlich; die von der Bundesregierung mit ihrer Politik des "weiter so" gesetzten Prioritäten können auf Dauer keinen Bestand haben.

(-/11. Januar 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*